

Norbert Wagner

## *Regionalwahlen mit dramatischen Folgen für die bürgerliche Rechte in Frankreich*

-----

*Neben der empfindlichen Niederlage der Parteien der gemäßigten Rechten UDF und RPR sowie dem Erstarken der extremen Linken ist der deutliche Stimmengewinn des rechtsextremistischen Front National wohl das bedrückendste Resultat der französischen Regionalwahlen vom März 1998. Während der RPR nur mit Mühe seine fragile Einigkeit zu behaupten vermag und die Führer der UDF vergebens gegen die fortschreitende Zersplitterung in den eigenen Reihen ankämpfen, manifestiert sich das neue Selbstbewußtsein des FN in der unverhohlenen Forderung an RPR und UDF, als Dank für erwiesene Abstimmungsunterstützung für bürgerlich-konservative Politiker in diversen Regionalregierungen nun durch ihr Votum den Demagogen und Parteiführer Le Pen selbst in der Region Provence-Alpes-Cotes d'Azur zum Amt des Regionalpräsidenten zu verhelfen. Zwar wiesen die Führer der gemäßigten Rechten dieses Ansinnen ab, jedoch geben die Ereignisse zu erkennen, daß die konservative Bewegung in Frankreich aufgrund ihrer Spaltung derzeit kaum Chancen hat, die Macht auf Lebensebene zurückzuerobern.*

-----

Am Sonntag, dem 15. März 1998, fanden in Frankreich Regionalwahlen statt. Damit wurde eine Serie von Wahlen eröffnet, bei denen in den darauffolgenden Tagen und Wochen die politische Machtverteilung in den Regionen und Departements Frankreichs neu bestimmt wurde. Die Ergebnisse dieser Wahlen sowie die folgenden Wahlen der Prä-sidenten der Regionen haben die Parteien der gemäßigten Rechten (la droite modérée) UDF und RPR in eine veritable Krise gestürzt. Diese Krise könnte schließlich zur Folge haben, daß sich die Parteienlandschaft der Mitte und der gemäßigten Rechten in den nächsten Monaten neu konstituiert. Trotz durchaus respektablem Ergebnisse bei den Regional- und Kantonalwahlen geht die bürgerliche Rechte geschwächt und gespalten aus diesen Wahlen hervor.

Im einzelnen fanden folgende Wahlgänge statt:

### **Ebene der Regionen**

#### *Regionalwahlen am 15. März 1998*

Wahl der Regionalräte (*Conseillers Régionaux*) auf Ebene der Departements. Die Wahl wird durchgeführt anhand von Parteilisten nach dem Verhältniswahlrecht und in einem Wahlgang (Ausnahme: Korsika, zwei Wahlgänge). RPR und UDF waren eine Listenverbindung eingegangen, ebenso die Linke aus Sozialisten, Kommunisten, Grünen und der Bürgerbewegung (*Gauche plurielle*). Bisher hatten RPR/UDF in 20 der 22 Regionen die relative Mehrheit (ohne DOM/TOM), d.h. in diesen Regionen stellten sie auch den Präsidenten.

### *Wahl der Präsidenten der Regionen*

Am Freitag nach den Regionalwahlen findet bestimmungsgemäß die Wahl der Präsidenten der Regionen durch die aus den Departements entsandten Regionalabgeordneten statt. Im ersten und zweiten Wahlgang ist dabei die absolute Mehrheit erforderlich, sodann die relative Mehrheit. In der Regel stellt die Partei mit der relativen Mehrheit den Präsidenten einer Region.

### **Ebene der Départements**

#### *Kantonalwahlen am 15. und 22. März 1998 und Wahl der Präsidenten der Conseils Généraux*

Auf Ebene des Kantons werden in zwei Wahlgängen (Mehrheitswahlrecht) die Generalräte (*Conseillers Généraux*) der Départements gewählt. Die Wahlperiode eines Generalrats beträgt sechs Jahre. Alle drei Jahre werden in der Hälfte der Kantone die Vertreter für den Conseil Général gewählt.

Wiederum am Freitag nach dem Sonntag des zweiten Wahlgangs der Kantonalwahlen werden durch die Generalräte die Präsidenten der jeweiligen Conseils Généraux gewählt.

### **Ergebnis der Regionalwahlen**

Allgemein war mit einer vernichtenden Niederlage für die gemäßigte Rechte aus UDF und RPR gerechnet worden. Zum einen sahen viele Politiker und auch manche Bürger diese Regionalwahlen als einen dritten Wahlgang der Parlamentswahlen vom Mai und Juni 1997 an. UDF und RPR war es seit diesen Wahlen noch nicht wieder gelungen, Terrain zu gewinnen. Außerdem hatte die linke Regierungsmehrheit in den vergangenen Wochen sogar an Popularität gewonnen.

Zum anderen war bei diesen Wahl auch mit einer gewissen Normalisierung gegenüber dem Ergebnis des Jahres 1992 gerechnet worden, als in Zeiten besonders geringer Popularität der Sozialisten UDF und RPR in 20 der 22 Regionen die relative Mehrheit gewinnen konnten. Noch wenige Tage vor dem Wahltag war sogar damit gerechnet worden, daß UDF und RPR in allen Regionen die Mehrheit verlieren könnten. Angesichts dieser Voraussagen ist die Niederlage von UDF und RPR noch vergleichsweise glimpflich ausgefallen. Dennoch ist nicht zu übersehen, daß UDF und RPR nach dem Scheitern im vergangenen Jahr bei den Parlamentswahlen nun erneut eine deutliche Niederlage einstecken mußten.

Bei diesen Regionalwahlen traten zahlreiche kleine Splittergruppen (Jäger, Fischer, Unabhängigkeitsbewegungen etc.) sowie Dissidentenlisten an (d.h. Listen von Anhängern des RPR, der UDF, des PS o.ä., die nicht von den Parteizentralen autorisiert waren). Faßt man das Ergebnis nach den politischen Hauptrichtungen zusammen, um es übersichtlicher zu machen, so ergibt sich folgendes Bild.

### **Tabelle 1**

#### **Ergebnis der Regionalwahlen, 15. März 1998**

#### **Zusammenfassung auf nationaler Ebene (ohne DOM)**

Wahlberechtigt	38.669.193
Abgeg. Stimmen	22.442.513
Enthaltungen	41,96 %
ungültige Stimmen	4,59 %

gültige Stimmen

21.412.454

<b>Politische Gruppierung</b>	<b>Stimmen</b>	<b>Anteil in Prozent</b>	<b>Anzahl der Sitze</b>
Gesamte Linke	7.812.222	36,48	676
Gesamte (moderate) Rechte	7.677.289	35,85	648
Front National	3.270.118	15,27	275
Extreme Linke	938.596	4,38	19
versch. ökolog. Gruppen	591.806	2,76	7

- Gegenüber dem Ergebnis bei den Parlamentswahlen im Mai und Juni 1997 zeigte sich bei den Regionalwahlen eine gewisse Bestätigung der politischen Kräfteverhältnisse. Im Vergleich zu den Wahlen vor neun Monaten hat die Gauche/majorité plurielle (d.h. Sozialisten, Kommunisten, Grüne und Bürgerbewegung) rund einen Prozentpunkt verloren, UDF und RPR haben um rund 0,7 Prozentpunkte abgenommen. Der Front National legte etwa 0,3 Prozentpunkte zu und damit um weit weniger, als vor den Wahlen befürchtet worden war.
- Besonders hoch war mit fast 42 Prozent der Anteil der Nicht-Wähler. Den Parteien ist es offenbar nicht gelungen, den Wahlberechtigten die Bedeutung dieser Regionalwahlen bewußt zu machen.
- Rechnet man zu den Nicht-Wählern noch die Anzahl der ungültigen Stimmen sowie jene Bürger hinzu, die sich nicht in die Wahllisten eingeschrieben hatten und damit auch nicht wahlberechtigt waren, so beläuft sich der Anteil jener Franzosen, die an der Wahl nicht teilgenommen haben, auf weit über 50 Prozent.
- Besonders auffällig ist die Zersplitterung der beiden politischen Lager durch Randgruppen (Jäger, Fischer, Unabhängigkeitsbewegungen) und Dissidentenlisten. Die Majorité plurielle (d.h. die offizielle gemeinsame Liste von PS, PC, Grünen und Bürgerbewegung) sowie die offiziellen UDF/RPR-Listen konnten jeweils nur rund 28 Prozent der Wähler für sich gewinnen.
- Vergleichsweise stark zugenommen haben auch die Parteien der extremen Linken. Dies ist vermutlich begründet in der wachsenden Unzufriedenheit über die Politik der linken Regierungsmehrheit, die den Linksextremisten nicht 'links genug' ist. Es ist zu erwarten, daß diese Entwicklung die Regierung Jospin dazu veranlassen wird, stärker auf die Vorstellungen dieses Teils des politischen Spektrums einzugehen.
- Die bürgerlichen Parteien (UDF, RPR und divers Droite) konnten in sieben Regionen ihre relative Mehrheit behaupten, und zwar in den Regionen Bretagne, Basse-Normandie, Pays-de-la-Loire (dort sogar eine absolute Mehrheit), Auvergne, Champagne-Ardenne, Lothringen, Elsaß.
- Die linke Majorité plurielle hat in zehn Regionen eine relative Mehrheit errungen: Nord-Pas-de-Calais, Haute-Normandie, Picardie, Ile-de-France, Centre, Limousin, Aquitaine, Midi-Pyrénées, Languedoc-Roussillon, Provence-Alpes-Côtes d'Azur.
- In zwei Regionen (Rhône-Alpes, Poitou-Charente) verfügen beide Formationen (linke Koalition bzw. bürgerliche Parteien) über genau die gleiche Anzahl der Sitze.
- In zwei weiteren Regionen (Bourgogne und Franche-Comté) könnten die bürgerlichen Parteien mit Hilfe der Partei der Jäger und Fischer in der Anzahl der Sitze gleichziehen.

- Besonders schmerzlich ist für UDF und RPR der Verlust der relativen Mehrheit in den Regionen Ile-de-France (Spitzenkandidat Edouard Balladur) und Provence-Alpes-Côtes d'Azur (Spitzenkandidat François Léotard). Die Region Ile-de-France war bisher immer von RPR/UDF dominiert, in der Region Provence-Alpes-Côtes d'Azur hatte François Léotard versucht, dem Anwachsen des Front National entgegenzuwirken und zugleich seine eigene politische Basis wieder zu stärken.
- Besorgniserregend ist der Erfolg des Front National in einigen Regionen. In der Region Ile-de-France errang er 36 von 209 Sitzen, im Elsaß wurde er mit 13 Sitzen nach UDF/RPR (19 Sitze) sogar zur zweitstärksten Partei, in der Region Rhône-Alpes errang er 35 von 157 Sitzen und in der Region Provence-Alpes-Côtes d'Azur 34 von 123 Sitzen im Regionalparlament.

### **Der Eklat: die Wahl der Präsidenten der Regionen**

Am Freitag nach den Wahlen zu den Regionalräten (22. März) standen sodann die Wahlen der Präsidenten der Regionen an. In den ersten beiden Wahlgängen sind dabei absolute Mehrheiten erforderlich, sodann reichen relative Mehrheiten aus. In der Regel stellt die politische Formation, die über eine relative Mehrheit verfügt, auch den Präsidenten der Region. Die Abstimmung zur Wahl der Präsidenten der Regionen ist geheim.

Sofort nachdem die genauen Sitzverteilungen in den einzelnen Regionalparlamenten bekannt geworden war, begann in Frankreich eine heftige Auseinandersetzung um die mögliche Unterstützung bürgerlicher Kandidaten für das Amt des Regionenpräsidenten durch den Front National.

Schon während des Wahlkampfes hatte diese Auseinandersetzung um eine eventuelle Zusammenarbeit zwischen RPR/UDF und Front National eine Rolle gespielt. Die Führungen von UDF und RPR hatten schon in dieser Phase jede Unterstützung durch den Front National abgelehnt. Einzelne Kandidaten hatten indes die Bereitschaft zu erkennen gegeben, sich auch von Abgeordneten des Front National wählen zu lassen.

Seit dem Tag nach den Regionalwahlen führte die Majorité plurielle eine heftige Kampagne gegen UDF und RPR, um zu verhindern, daß diese trotz gegenteiliger Beteuerungen die Unterstützung von seiten des Front National akzeptieren würde. Die Majorité plurielle selbst sieht indes kein Problem darin, die Unterstützung der stark angewachsenen extremen Linken anzunehmen. Ganz abgesehen von den Kommunisten, die wie selbstverständlich Teil der linken Regierungskoalition sind. Auch in der französischen Öffentlichkeit wird diese Tatsache kaum kritisch vermerkt.

Philippe Séguin und François Léotard hatten schon im Wahlkampf und auch vor den Wahlen der Regionenpräsidenten wiederholt, daß RPR und UDF keine Stimmen aus dem Front National annehmen werden. Sie hatten den Kandidaten aus ihren Reihen, die diese Unterstützung anzunehmen bereit waren, sogar mit dem Ausschluß aus der Partei gedroht. Léotard und Balladur zogen ihre Kandidaturen für das Amt des Präsidenten ihrer Region zurück. In beiden Regionen präsentierten UDF und RPR allerdings neue Kandidaten. Später stellte sich Léotard auf Drängen Séguins indes wieder der Wahl.

Zugleich bot der Front National den bürgerlichen Parteien immer wieder seine Unterstützung an. Die Forderungen nach entsprechenden Gegenleistungen wurden dabei kontinuierlich zurückgeschraubt.

Für UDF und RPR waren diese Angebote äußerst verlockend. Denn hätten sie die Unterstützung durch den FN akzeptiert, hätten sie in zwölf weiteren Regionen den Präsidenten stellen können.

Zudem konnten viele neugewählte Abgeordnete und auch Parteimitglieder 'vor Ort' nicht einsehen, weshalb UDF und RPR untätig dabei zusehen sollten, daß ein sozialistischer oder gar kommunistischer Regionenpräsident ge-

wählt werde, wenn doch die Möglichkeit bestand, einen Kandidaten aus den eigenen Reihen zum Präsidenten zu wählen. Schließlich sei die Wahl geheim.

Bei den mit großer Spannung erwarteten Wahlen der Regionenpräsidenten (am Freitag nach dem Sonntag der Regionalwahlen) kam es dann zum Eklat. Die teils dramatischen Entwicklungen wurden schließlich zum Anlaß – wenn auch nicht zur Ursache – für den voraussichtlichen Zerfall der UDF.

In den sieben Regionen mit einer relativen UDF/RPR-Mehrheit wurden erwartungsgemäß die Kandidaten aus die-sen beiden politischen Formationen zu Präsidenten gewählt (Bretagne, Pays-de-la-Loire, Auvergne, Champagne-Ardenne, Lothringen, Elsaß). Darüber hinaus aber wurden in sieben weiteren Regionen (Bourgogne, Picardie, Cen-tre, Rhône-Alpes, Languedoc-Roussillon, Franche-Comté, Midi-Pyrénées) mit Unterstützung durch den Front Na-tional UDF/RPR-Politiker zu Präsidenten der Region gewählt. Alle diese Präsidenten zählen bzw. zählten zur UDF. Die Wahlen der Präsidenten der Region Ile-de-France und der Region Provence-Alpes-Côtes d'Azur wurden ver-tag.

Die Präsidenten der Region Franche-Comté und der Region Midi-Pyrénées traten sofort nach ihrer Wahl von ihrem Amt zurück. Die übrigen fünf Präsidenten nahmen indes ihre Wahl an und weigerten sich trotz massiven Drucks ihrer Parteizentrale und auch des Präsidenten der Republik zu demissionieren. Sie argumentierten, daß sie zwar mit Stimmen des Front National gewählt worden seien, daß sie aber keinerlei Absprachen oder Vereinbarungen zur Zusammenarbeit mit dem Front National getroffen hätten.

Am Tag darauf bot der Front National sodann den bürgerlichen Parteien an, den RPR/UDF-Kandidaten der Region Ile-de-France zu unterstützen, wenn im Gegenzug UDF/RPR in der Region Provence-Alpes-Côtes d'Azur den Kan-didaten des Front National, Jean-Marie Le Pen, unterstützen würden. Der Front National präsentierte gewisser-maßen die Rechnung für die bisher erwiesene Unterstützung. Er zeigte aber auch, daß er in gewisser Weise seine Strategie geändert hatte. Während es noch bei den Parlamentswahlen vor allem darum ging, das bestehende System zum Kollaps zu bringen, etwa durch konsequente Verhinderung von Mehrheiten für die bürgerlichen Parteien, strebte der Front National nun die Teilhabe an der Macht, an der Regierungsverantwortung an.

Für die Parteiführungen von UDF (Léotard) und RPR (Séguin) war klar, daß sie auf dieses Angebot des Front National nicht eingehen konnten. Diese Haltung gegenüber den Mandatsträgern vor Ort und den Parteimitgliedern auch durchzusetzen fiel ihnen aber äußerst schwer. Die Parteizentralen wurden überhäuft von Telefonanrufen oder Brie-fen von Parteimitgliedern, die sich entweder für oder gegen eine Annahme der Unterstützung durch den Front Natio-nal aussprachen. Zugleich inszenierte die vereinigte Linke eine Kampagne gegen UDF/RPR und deren angebliche Zusammenarbeit mit dem Front National. In den verschiedenen Regionalparlamenten spielten sich teilweise tumul-tuarische Szenen ab, vor allem initiiert von den linken Abgeordneten und ihren Anhängern.

Während die Führungsequipe des RPR relativ geschlossen die feste Linie ihres Vorsitzenden Séguin befolgte, war das Verhalten gegenüber dem Front National in den Führungsgremien der UDF keineswegs unumstritten. Léotard und Bayrou traten unermüdlich gegen jede Zusammenarbeit mit dem Front National ein. Dagegen lies Madelin durchaus Sympathie für jene Regionenpräsidenten erkennen, die sich mit Stimmen des Front National hatten wählen lassen. Gleichwohl beschloß der Vorstand der UDF am 24. März, alle UDF-Regionenpräsidenten, die sich mit Un-terstützung des Front National hatten wählen lassen, aus der UDF auszuschließen, wenn sie nicht binnen einer Wo-che ihre Ämter niederlegten. Seitdem ist von den fünf betroffenen Präsidenten nur jener der Region Bourgogne zu-rückgetreten. Die vier übrigen sind noch im Amt. Der stärkste Druck wird gegenwärtig auf den Präsidenten der Re-gion Rhône-Alpes, Charles Millon, ausgeübt, um ihn zum Rücktritt zu bewegen. Selbst Präsident Jacques Chirac hat sich persönlich in diese Bemühungen eingeschaltet.

Zwischenzeitlich wurden außerdem in den Regionen Ile-de-France und Provence-Alpes-Côtes-d'Azur die beiden sozialistischen Kandidaten zu Präsidenten gewählt.

## Ergebnis der Kantonalwahlen

Nach diesen dramatischen Ereignissen im Zusammenhang mit den Wahlen der Präsidenten der Regionen richtete sich die Aufmerksamkeit auf deren Auswirkungen auf den zweiten Wahlgang der Kantonalwahlen am 22. März. Offenbar trugen diese Ereignisse nicht dazu bei, die Wahlbeteiligung zu erhöhen. Im Gegenteil: Der Prozentsatz der Enthaltungen stieg auf rund 45 Prozent.

**Tabelle 2**  
**Ergebnis der Kantonalwahlen, 2. Wahlgang, 22. März 1998**  
**Zusammenfassung auf nationaler Ebene (ohne DOM)**

Wahlberechtigt	15.960.831
Abgeg. Stimmen	8.783.458
Enthaltungen	44,97 %
ungültige Stimmen	5,49 %
gültige Stimmen	8.300.926

<b>Politische Gruppierung</b>	<b>Stimmen</b>	<b>Anteil in Prozent</b>	<b>Anzahl der Sitze</b>
Gesamte Linke	3.927.823	47,32	959
Gesamte (moderate) Rechte	3.716.530	44,77	982
Front National	616.343	7,42	3
Extreme Linke	12.773	0,15	1
versch. ökolog. Gruppen.	591.806	2,76	1

Doch läßt sich ein gewisser Mobilisierungseffekt auf seiten der Wähler der Linken konstatieren. Gleichwohl konnten UDF und RPR bei diesen Kantonalwahlen, vor allem gemessen an den gewonnenen Sitzen, ein durchaus akzeptables Ergebnis erzielen. Zwar nahm die Anzahl ihrer Sitze in den Generalräten ab, wie zu erwarten war. Der Rückgang hielt sich doch in sehr viel geringeren Grenzen, als zuvor befürchtet worden war. Aufgrund des bei diesen Wahlen geltenden Mehrheitswahlrechts konnten extremistische Parteien nur wenige Sitze in den Generalräten gewinnen.

In zehn Departements wechselte nach diesen Kantonalwahlen die Mehrheit von der bürgerlichen Rechten zur Linken (neun zur PS, einer zur PC). Die Linke verfügt nun in 30 (gegenüber bisher 20) Departements über die Mehrheit. Dennoch konnten die bürgerlichen Parteien in der großen Mehrzahl der Departements (61 gegenüber bisher 76) ihre Mehrheit bewahren. UDF und RPR sind demnach auch weiterhin die Parteien mit der stärksten Verwurzelung in den französischen Départements. Dagegen spielt der Front National in den Generalräten praktisch keine Rolle. Eine Wiederholung der Ereignisse bei den Wahlen der Präsidenten der Regionen auf der Ebene der Departements ist nicht zu befürchten.

## Bewertung

Die Ursachen für die – wenn auch glimpfliche – Niederlage von UDF und RPR bei den Regionalwahlen sind vielfältig.

- Die Zeit für den Neuaufbau der beiden Parteien seit der Niederlage bei den Parlamentswahlen im Sommer 1997 war wohl noch zu kurz. Beide Parteien konnten den Wählern nicht vermitteln, worin der Neuanfang bestehe.
- Die Ergebnisse der Regional- und Kantonalwahlen werden, soviel ist schon jetzt zu erkennen, tiefgreifende Folgen für die Umgestaltung der französischen Parteienlandschaft haben. Zwar wurde schon am Tag nach den Wahlen die Idee einer Fusion von UDF und RPR erneut vorgebracht (Balladur). Doch wurde sie von Séguin sogleich wieder verworfen.
- Während es dem RPR gelungen ist, neue Einigkeit zu demonstrieren, läuft die Entwicklung innerhalb der UDF immer stärker auf eine Zersplitterung hinaus. Weder François Bayrou noch Alain Madelin tragen erkennbar etwas zum Zusammenhalt der UDF bei. Auch wird den Wählern nicht verborgen bleiben, daß beide lediglich ihre persönlichen Ambitionen verfolgen, ohne auf die Geschlossenheit der Partei Rücksicht zu nehmen.
- Am 25. März kündigte Bayrou schließlich an, daß er eine neue 'Mitte-Rechts-Partei' gründen wolle. Offenbar sah er nun eine Chance für die Realisierung eines Plans, den er schon seit geraumer Zeit hegte. Zugleich dürfte er damit der UDF einen Stoß versetzt haben, von dem sie sich wohl nicht mehr erholen wird. Er stieß damit eine Entwicklung an, die zum weiteren Zerfall und zur noch stärkeren Zersplitterung des bürgerlichen Lagers im Parteienspektrum Frankreichs führen wird. Wo doch eigentlich genau die entgegengesetzte Entwicklung wünschenswert wäre: Einigung, Fusion und Stärkung der bürgerlichen Parteien. Es ist nicht zu sehen, wie er seinen Traum von einer 30-Prozent-Partei der Mitte realisieren will.
- Präsident Chirac hat sich aus dem Wahlkampf völlig herausgehalten. Seine mahnenden Worte am Abend des 23. März kamen zu spät und haben die Lage zusätzlich dramatisiert.
- Weder RPR noch UDF haben bisher ein Konzept dafür gefunden, die Wähler des Front National wieder für sich zu gewinnen. Die zentralen Probleme Arbeitslosigkeit, Immigration und innere Sicherheit werden kaum angepackt, scheinen teilweise geradezu tabuisiert.
- Ebenso ist es den beiden Parteien nicht gelungen, ein Konzept für die Auseinandersetzung mit der linken Regierungsmehrheit zu entwickeln. Sie attackieren die Regierung viel zu wenig und entwickeln keine eigenen Vorschläge. Aus Enttäuschung und um ihren Protest gegen die Regierungspolitik zu manifestieren, wählen deshalb viele potentielle UDF/RPR-Wähler den Front National.
- Natürlich befinden sich unter den Wählern des Front National auch solche, die von UDF und RPR kaum gewonnen werden könnten (ehemalige Wähler der Kommunisten, extremistische Nationalisten). Gleichwohl können nicht alle FN-Wähler als Rechtsextremisten angesehen werden.
- Es soll auch daran erinnert werden, daß der Front National erst zur Zeit der Präsidentschaft von François Mitterrand an Bedeutung gewonnen hat. Die Spaltung und damit Schwächung des bürgerlichen Lagers, „war das Kalkül des Präsidenten Mitterrand, der Le Pen in den achtziger Jahren durch Einführung des Verhältniswahlrechts in das politische Spiel einbezog“ (*Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 27. März 1998). Dieses Kalkül ist aufgegangen und zeigt bis heute seine Wirkung. Schließlich verdankt die Regierung Jospin ihre Mehrheit bei den Parlamentswahlen sowie ihre relativen Mehrheiten in zahlreichen Regionen dem Erstarken des Front National. Ohne das konsequente Stimmverhalten der Front National-Wähler gegen die UDF/RPR hätte Jospin keine Mehrheit gewonnen. Auch unternimmt die gegenwärtige linke Regierungsmehrheit alles, um dem Front National zusätzliche Wähler zuzutreiben.
- Schon bei den Parlamentswahlen im Juni 1997 und jetzt wieder nach den Regionalwahlen ergab sich die Situation, daß die Rechte in Frankreich zwar in der Mehrheit ist, diese Mehrheit aber nicht nutzen kann, weil

sie in ein bürgerliches und ein extremistisches Lager gespalten ist. Dagegen ist die Linke in Frankreich in der Minderheit, stellt aber die Regierung und in etwa der Hälfte der Regionen den Präsidenten. Wenn es UDF und RPR nicht gelingt, sich aus dieser strategischen Minderheitsposition zu befreien, dürfte es ihnen noch lange schwer fallen, in Frankreich wieder Regierungsverantwortung zu übernehmen.

- Die Entwicklung innerhalb der UDF in den letzten Märztagen läßt befürchten, daß sich diese Zeitspanne noch zusätzlich verlängern wird.

Das Manuskript wurde am 27. März 1998 abgeschlossen.

-----  
*Dr. Norbert Wagner* ist Leiter der Außenstelle Paris der Konrad-Adenauer-Stiftung. Von 1987 bis 1990 leitete er das Büro der Konrad-Adenauer-Stiftung in Singapur, von 1990 bis 1995 das Büro in Moskau.